

# & betrieb gewerkschaft

Intern

Ausgabe 5/Dezember 2008/11. Jahrgang

[www.betriebundgewerkschaft.de](http://www.betriebundgewerkschaft.de)

Herausgegeben vom BundessprecherInnenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ein hartes Jahr liegt vor uns. Wahlen für das europäische Parlament, für den Bundestag, für Landes- und Kommunalparlamente finden statt. Als GewerkschafterInnen der LINKEN müssen wir besonders auf die Wahlprogramme unserer Partei achten. Wir kennen ja unsere Pappenheimer.

Zugleich stehen wir am Beginn einer Krise, von der einige behaupten, es sei die schlimmste seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Kurzarbeit, Massenentlassungen – natürlich zuerst die LeiharbeiterInnen – Verlängerungen von Arbeitszeiten, Lohnkürzungen... sind die Zauberformeln, mit denen die kapitalistische Misswirtschaft korrigiert werden soll. Aber nicht nur das. In den Schubladen neoliberaler Politiker liegen längst Konzepte zur Beschneidung von ArbeitnehmerInnenrechten und die Erhöhung der Ausbeutung der Menschen. Die Zeit für deren Durchsetzung ist nur gerade besonders günstig.

I. Kolbe

## Bundestreffen November 2008 - Schwerpunkte

Ein Schwerpunkt des Bundestreffens war der Kampf gegen Rechts als GewerkschafterInnen und in Parlamenten. Axel Holz (ver.di Mecklenburg-Vorpommern) machte in seinem Beitrag deutlich, dass sich die extreme Rechte eine eigene Struktur mit Nazi-Shops und Jugendtreffs geschaffen hat. Aber auch regionale Vereine, Bürgerinitiativen und Elternvertretungen von ihnen unterwandert sind. Seit 2005 gibt es die Kampagne „NPD, kehrt Marsch!“. Außerdem wurde an der Fachhochschule Stralsund das „Handbuch für Demokratie und Toleranz“ entwickelt. Das Buch ist kostenlos über die Kooperationsstelle Wissen-

schaft und Arbeitswelt (KOWA) an der FH Stralsund unter [Kowa\\_mv@fh-stralsund.de](mailto:Kowa_mv@fh-stralsund.de) zu beziehen. Neben verschiedenen Gegeninitiativen gibt es auch das Aussteigerprogramm EXIT. Barbara Borchardt (MdL in MVP) berichtete über die Erfahrungen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Der zweite Schwerpunkt war ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Sabine Reiner (Abteilung Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand) stellte das Programm von ver.di vor. Besonders interessant waren ihre aktuellen Daten und damit die Entwicklung seit 2005, also dem Zeitraum seit erscheinen

### Inhaltsverzeichnis:

<i>I. Kolbe: Bundestreffen November 2008 - Schwerpunkte</i>	<i>S 1</i>
<i>Beschlüsse des Bundestreffens</i>	
<i>Finanzkrise: Diskussion über Ursachen und Konsequenzen</i>	<i>S 2</i>
<i>Mehr Arbeitnehmerrechte in Europa durchsetzen</i>	<i>S 3</i>
<i>H. Ehinger: Ein aufrüttelnder Film: „Rentenangst“</i>	<i>S 4</i>
<i>Gewerkschaftspolitische Konferenz in Peine (Programm)</i>	<i>S 5</i>
<b>Aus den Ländern</b>	
• <i>Berlin</i>	<i>S 6</i>
• <i>Niedersachsen</i>	<i>S 7</i>
• <i>Nordrhein-Westfalen</i>	<i>S 8</i>
• <i>Sachsen-Anhalt</i>	<i>S 10</i>
• <i>Hamburg</i>	<i>S 11</i>
<i>Kontakte und Terminplaner</i>	<i>S 12</i>

der Broschüre „In unsere Zukunft investieren“.

Am zweiten Beratungstag stellten Sabine Wils und Gerald Kemski das Programm unserer Gewerkschaftspolitischen Konferenz zu den EU-Wahlen vor. Die Konferenz wird am 6. und 7. Februar in Peine stattfinden.

Eine weitere Gewerkschaftspolitische Konferenz zum Thema „Gute Arbeit“ wurde von Holger Vermeer vorgestellt. Diese Konferenz wird am 26. und 27. Juni in Essen stattfinden.

*Ingrid Kolbe*



## ***EntschlieÙung der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE***

vom Bundestreffen am 22./23. November  
2008 in Fulda

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft fordert die Partei zu einer umfassenden Diskussion über Ursachen und Konsequenzen aus der Finanzkrise auf.

Folgende Eckpunkte für Forderungen halten wir dabei für notwendig:

- Es muss aufgezeigt werden, wie die neoliberale Politik dazu geführt hat, die Finanzmärkte zu deregulieren und alles der Gewinnmaximierung unterzuordnen.
- Die Folgen der Finanzmarktkrise dürfen nicht auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Durch eine Millionärssteuer sind die Profiteure voll zu Finanzierung der Kosten der Finanzmarktkrise heranzuziehen. Damit soll zugleich ein Beitrag dazu geleistet werden, die spekulativ verwendbaren Finanzen zu vermindern.
- Um die Finanzmärkte zu begrenzen und sie zur Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben stärker zu beteiligen, ist eine Börsenumsatzsteuer zu erheben.
- Banken gehören vergesellschaftet; hierbei muss eine demokratische Kontrolle gewährleistet werden. Finanzspekulationen dürfen nicht zu den Aufgaben der Banken gehören.
- Der Finanzmarkt ist konsequent zu regulieren, um zu verhindern, dass er sich verselbstständigt und die reale Wirtschaft gefährdet.
- Die internationalen Beziehungen müssen genutzt werden, um die Finanzmärkte global wirksam kontrollieren zu können.
- Ein wirklich umfassendes Zukunftsinvestitionsprogramm für alle Bereiche der Daseinsvorsorge. Insbesondere ist die Bildung so zu verbessern, dass damit die Menschen eine echte Zukunft haben. Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft zur drastischen Ressourcenschonung ist notwendig.
- Die Einkommen der Bevölkerung sind deutlich zu erhöhen. Armut darf in einer so reichen Gesellschaft keinen Platz mehr haben. Damit würde zugleich der Binnenmarkt gestärkt und die Arbeitsplätze krisensicherer gemacht werden.
- Unsere gesellschaftspolitische Alternativen müssen diskutiert und propagiert werden. Wir müssen aufzeigen, dass wir in der Lage sind, eine friedliche Welt zu ermöglichen, welche die sozialen und ökologischen Probleme langfristig lösen kann.

## ***Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE***

vom Bundestreffen am 22./23. November 2008  
in Fulda

**„Mehr Arbeitnehmerrechte in Europa durchsetzen!“**

**Wir unterstützen die EGB-Demonstration am 16.12.2008**

Das Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE unterstützt die Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 16. Dezember 2008 in Straßburg unter dem Motto: „Mehr Arbeitnehmerrechte in Europa durchsetzen“.

Auch für uns bedeutet ein sozialeres Europa:

- Vorrang der sozialen Grundrechte vor den wirtschaftlichen Binnenmarktfreiheiten
- bessere Arbeitnehmerrechte in Europa
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort
- Verbot von Lohn- und Sozialdumping
- mehr Rechte der europäischen Betriebsräte und mehr Mitbestimmung in europäischen

Unternehmen

- keine Verschlechterung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie
- wirkungsvolle Regulierung der Finanzmärkte

te

Besonders aktuell ist die geplante Verschlechterung der Arbeitszeitrichtlinie. Hierbei spielt insbesondere der deutsche Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz (SPD) eine negative Vorreiterrolle. Dies gilt vor allem für die Ausweitung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 72 Stunden und für die deutliche Verschlechterung bei den Bereitschaftsdiensten.

Daher ist eine starke Teilnahme von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gerade aus der Bundesrepublik Deutschland besonders wichtig.

Wir bitten den Parteivorstand der LINKEN die Mobilisierung für die Demonstration des EGB am 16.12.2008 in Straßburg zu unterstützen. Gleichzeitig bitten wir die Landesverbände der Partei DIE LINKE – insbesondere in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg, in Thüringen und in Bayern – ihre Mitglieder zur Teilnahme an dieser Demonstration gemeinsam mit den Landes AGen Betrieb & Gewerkschaft aufzurufen.

Auf der Gewerkschaftskonferenz am 6./7. Februar 2009 in Peine wird die AG Betrieb & Gewerkschaft gemeinsam mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus anderen europäischen Ländern über ein Vorgehen für eine sozialeres Europa beraten.



## **Ein aufrüttelnder Film: „Rentenangst“**

Mit dem nachfolgenden Artikel möchte ich einerseits den Film „Rentenangst“ vorstellen und andererseits dazu ermuntern diesen Film sowohl bei den LINKEN als auch im Gewerkschaftsbereich und bei anderen Organisationen zu nutzen.

Dieser hervorragende Fernsehfilm über die Probleme unserer Rentenversicherung und der Gefahr einer gewaltigen Altersarmut wurde am 09.03.2008 im ersten Programm und inzwischen auf vielen anderen Kanälen gezeigt. In immer mehr kleinen und größeren Veranstaltungen

werden Mitschnitte und Kopien gezeigt. Überall staunen Menschen wie in nur 60 Minuten eindrucksvoll alle Aspekte der Rentenversicherung lebendig dargestellt werden. Immer wieder taucht die Frage auf, warum wird der Film nicht häufiger und zu vernünftigen Sendezeiten ausgestrahlt? Der Film macht deutlich, dass es geradezu eine Verschwörung gibt zwischen Versicherungskonzernen, gekauften Wissenschaftlern, Politikern und Medien, um

unser Rentensystem Stück für Stück zu untergraben. Sie wollen es durch ein privates, Kapital gedecktes Rentensystem weitgehend ersetzen, weil sie dieses Kapital dann lange Zeit für Spekulationen am Finanzmarkt nutzen können. Am Beispiel Englands, das diesen Fehler bereits gemacht hat, wird aufgezeigt wie viele Rentner um ihr Erspartes betrogen wurden und sich dadurch die Altersarmut erschreckend ausbreiten konnte. Schon lange vor der großen Krise des Finanzkapitals gingen viele Rentenfonds Pleite oder die versprochenen Renten waren deutlich niedriger als zugesagt. Besonders beeindruckend ist, dass die Vertreter und Propagandisten der privaten Rentenversicherung selbst zu Wort kommen und sich selbst entlarven. In nur einer Stunde erfahren wir die Ursachen der Krise unseres umlagefinanzierten Rentensystems und dass es trotz aller Angriffe das bei weitem sicherste Rentensystem ist. Wir erfahren warum auch bei uns Altersarmut in großem Ausmaß droht obwohl unsere Gesellschaft immer reicher wird. Es wird aufgezeigt, dass das demographische Problem seit über 100 Jahren besteht, die Rentner immer älter wurden und trotzdem immer besser leben konnten. Der enorme Produktivitätszuwachs hat ermög-

licht, dass immer weniger Menschen immer mehr Rentner immer besser versorgen konnten. Die Probleme heute ergeben sich aus der falschen Verteilung des Reichtums, fast der gesamte Zuwachs wird durch die neoliberale Politik den Reichen zugeschanzt. Nicht der Konflikt alt gegen jung existiert, sondern der Konflikt zwischen Arm und Reich. Löhne und Renten stagnieren, z.T. sinkt sogar deren Kaufkraft während der Reichtum explodiert und Grundlage für die Finanzspekulation und Finanzkrise wurde.

All das wird spannend und abwechslungsreich in nur 60 Minuten dargestellt.. Wer den Film gesehen hat, ist beeindruckt – nach jeder Vorführung gibt es Besucher die sich vornehmen den Film weiter zu verbreiten – im Bekannten- und Kollegenkreis, im Vertrauenskörper, im Verein.... Immer mehr Organisationen erkennen, dass dies das wirksamste und überzeugendste Aufklärungsmittel ist, um den Widerstand gegen die Erhöhung des Rentenalters und gegen Altersarmut zu mobilisieren. Im Großraum Stuttgart haben die Referenten der IG Metall, die Vertrauensleute schulen, beschlossen den Film im Rahmen der allgemeinen Schulungen zu zeigen. Die IG Metall – Bezirksleitung von Ba-Wü will den Film im Rahmen der IG Metall-Rentenkampagne im Frühjahr 2009 nutzen. Nachdem die Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft den Film beim Bundestreffen in Würzburg am 27.09. vorgeführt hat, zeigten viele TeilnehmerInnen den Film in ihrem Kreis, mache initiierten Filmvorführungen in den Gewerkschaften, beim VdK und anderen Organisationen. Es entwickelt sich ein wahres Schneeballsystem der Aufklärung. An immer mehr Orten gibt es Filmvorführungen von ver.di und IG Metall. Wir sollten das überall anregen. Damit bekommt die geplante Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften,

eine solide Grundlage mit der der sich dann gut für Demos und andere Protestaktionen im Frühjahr mobilisieren lässt. Der Film darf überall zur Schulung und Information gezeigt werden – selbstverständlich ohne gewerbliche Nutzung. Der Film kann beim Saarländischen Rundfunk, Funkhaus Halberg, 66100 Saarbrücken für 59 Euro bestellt werden.

Ich hoffe, dass ich Euch mit diesem Artikel animieren konnte den Film für die Renten-kampagne der LINKEN vielfach zu nutzen.

*Hasso Ehinger (ehinger.hasso@web.de)*

# ***Gewerkschaftspolitische Konferenz am 6. und 7. Februar 2009 in Peine***

## ***Programm***

### **Freitag, 6. Februar 2009**

18 Uhr

#### **Eröffnung der Konferenz**

18.20 Uhr

#### **Grußwort**

**Frank Raabe-Lindemann** (DGB-Kreisvorsitzender Peine)

18.30 bis 21 Uhr

#### **Die EU als Spielball der Konzerne – oder gibt fortschrittliche Alternativen?**

**Sarah Wagenknecht**, MdEP, Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament

#### **Ein antimonopolistischer Wahlkampf bei der Europa- und Bundestagswahl**

**Diether Dehm**, MdB, Europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

#### **Diskussion**

Moderation: **Barbara Borchardt** und **Giesela Brandes-Steggewentz**

### **Samstag, 7. Februar 2009**

10 bis 12 Uhr

#### **Eröffnung**

#### **Die Bedeutung der Europawahlen für die Linke** **Ulrike Zerhau**, stellv. Parteivorsitzende DIE LINKE

#### **Das Flexicurity-Konzept der EU-Kommission als Bestandteil der Lissabon-Strategie – ein Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Abhängig beschäftigten**

**Sabine Wils**, Bundessprecherin AG Betrieb & Gewerkschaft

#### **Alternativen für eine auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientierte Politik der EU**

**Horst Schmitthener**, IG Metall

#### **Diskussion**

Moderation: **Ursula Weisser-Roelle** und **Hasso Ehinger**

13.30 bis 17 Uhr

## **FOREN**

### **Forum 1**

#### **Gegen Privatisierung – für Rekommunalisierung, Auseinandersetzung am Beispiel der Seehäfen**

Europaweit finden in den Seehäfen Auseinandersetzungen um die Privatisierung kommunaler und nationaler Häfen statt. In diesen Auseinandersetzungen konnten wichtige Teilerfolge gegen Privatisierung und für den Erhalt sozialer Standards erreicht werden. Dabei spielen Gewerkschaften und Beschäftigte eine aktive Rolle. Was können wir für andere Bereiche daraus lernen?

**Rosi Hoyer**, DIE LINKE, ver.di-Gewerkschaftssekretärin Hamburg, Fachgruppe Häfen,  
**Anastasia Frantzeskaki**, Synaspismos, Gewerkschaftssekretärin, Piräus

Moderation: **Meike Lüdemann** und **Gerald Kemski**

### **Forum 2**

#### **Für eine qualifizierte Berufsausbildung in Europa**

In vielen Ländern Europas gibt es eine qualifizierte zukunftsorientierte Berufsausbildung. Diese wird jetzt durch die Politik der EU-Kommission in Frage gestellt. Wie stellt sich die Situation in den verschiedenen Ländern dar und welche Möglichkeiten gemeinsamen Handelns ergeben sich? Was kann getan werden, um die staatliche Verantwortung für die beruflichen Schulen zu stärken und hier keine Privatisierung zuzulassen? Was kann getan werden, um eine weitere Abwälzung der Kosten für die Berufsausbildung auf die Jugendlichen selbst zu verhindern?

**Andreas Köppe**, ehemaliges Vorstandsmitglied EGB-Jugendausschuss,

**Maria Syrakou**, Synaspismos,

**Thomas Ressel**, IG Metall Vorstand, Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik,

**Julian Nothdurfter** (*angefragt*), Auszubildender, KJÖ

Moderation: **Olga Fritzsche** und **Marko Röhrig**

### **Forum 3**

#### **Kollektive Interessenvertretung – europäische Tarifverträge – Streikrecht**

Die herrschenden politischen Kreise in der EU und die Vertreter der Konzerne und Unternehmerverbände setzen alles daran, EU-weite Regelungen für kollektive Vertretungsrechte der Gewerkschaften, wie das Recht, europäische Tarifverträge zu verhandeln und auch dafür zu streiken, zu hintertreiben. Wie können wir hier wirksam gegensteuern?

**Jörg Reinbrecht**, DIE LINKE, ver.di Gewerkschaftssekretär,  
**Karin Antlanger**, KPÖ, Vorsitzende Linksblock im ÖGB,  
**Uwe Fritsch**, Betriebsratsvorsitzender VW-Braunschweig

Moderation: **Heidi Kloor und Ingo Tebje**

#### **Forum 4**

#### **Gegen die Privatisierung der Eisenbahnen – für den Erhalt sozialer Standards für die Beschäftigten**

Die Privatisierung der Eisenbahnen in Europa ist in den verschiedenen Ländern unterschiedlich weit vorangetrieben worden. In einigen Ländern waren die Gewerkschaften in den Prozess einbezogen. Welche Erfahrungen gibt es in den verschiedenen Ländern? Gibt es positive Beispiele, um für eine Rückführung der Eisenbahnen in die öffentliche Hand aktiv zu werden? Wie kann es gelingen, soziale Standards

auf hohem Niveau für die Eisenbahner in Europa zu sichern?

**Erik Bach**, Eisenbahn-Gewerkschaft Dänemark,  
**Werner Beier**, stellv. Vorsitzender Linksblock ÖGB,  
**Heiner Erling**, Gewerkschaftssekretär TRANSNET,  
**Hans-Gerd Oflinger**, Bahn von unten

Moderation: **Susanne Danowski und Mike Lätzsch**

17.15 Uhr

**Ein Resümee der besonderen Art**  
mit **Thorsten Stelzner**

19.30 bis 22 Uhr

**Zum „Feierabend“**

Lieder und Klaviermusik mit **Diether Dehm und Michael Letz** und Texte und Gedichte mit **Thorsten Stelzner**

### **Berlin: LAG Betrieb & Gewerkschaft in der LINKEN fordert weitere Tarifverbesserungen im öffentlichen Dienst**

**Der SprecherInnenrat der AG B&G-Berlin begrüßt, dass eine Tarifeinigung zwischen Senat und der Tarifgemeinschaft erzielt wurde.**

Wir begrüßen, dass es den Gewerkschaften gelungen ist, den Senat wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, trotz des erbitterten Widerstands von Herrn Wowereit und Herrn Sarrazin. Wir sind allerdings mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Der Sockelbetrag von 65 Euro ab Juni 2009 ist aber ein Signal für die Beschäftigten, dass es sich lohnt zu kämpfen. Auch die nochmalige Zusicherung, dass die Absenkungen zum 01.01.2010 beendet werden, ist für viele Beschäftigte wichtig, aber nun muss der Senat auch Wort halten.

Dass es trotz Steuermehreinnahmen in Millionenhöhe im Jahr 2008 keine Bewegung des Senats für eine Erhöhung der Einmalzahlung für das Jahr 2008 gibt, finden wir beschämend. Auch die beharrliche Verweigerung, einen Bonus für die Streikenden zu zahlen, zeigt uns, dass es wichtig ist, hier weiter unseren Einfluss gelten zu machen und mit den Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen.

Auch die Frage der Übernahme des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten im Land Berlin ist aus unserer Sicht eine noch offene Fra-

ge. Wir erwarten, dass es hier Gespräche geben wird.

Der (zweite) Tarifvertrag zur Vorbereitung des neuen Tarifrechts im Land Berlin ist eine Willenserklärung der Tarifparteien. Sie macht es aus unserer Sicht erforderlich, dass wir uns hier konkret einbringen, um eine Überleitung im Sinne der Beschäftigten zu regeln und um für die Zukunft diese Form der Konfrontation zwischen den Gewerkschaften und unserer Partei zu beheben. Deshalb schlagen wir vor, am Anfang des Jahres 2009 eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich aus GewerkschafterInnen, VertreterInnen des Landesvorstands und der Fraktion zusammensetzt. Diese Arbeitsgruppe sollte die strategischen Fragen zum neuen Tarifrecht und zur Überleitung einer gemeinsamen Lösung zuführen. Außerdem soll sie sich mit der Frage beschäftigen, wann und wie das Land zurück in die Arbeitgeberverbände gelangen kann.

Berlin, den 03.12.2008

*Brigitte Zick*

(Mitglied der Verhandlungskommission von ver.di)

*Peter Keibel*

(für den SprecherInnenrat der LAG B&G)

## Niedersachsen: Die LAG startet die 3. Region



Am 21.11. fand in Osnabrück das letzte Treffen der LAG B&G in Niedersachsen statt – trotz schlechtem Wetter wegen des Wintereinbruchs. Dieses Treffen war gleichzeitig der Start der Regionalstruktur Osnabrück (von möglichen 8-10 Regionen für Niedersachsen).

Anwesend waren circa 1 Dutzend Mitglieder und Interessierter unserer LAG. Dabei waren auch 2 Landtagsabgeordnete (Marianne König und Ursula Weisser-Roelle) und eine Landesvorsitzende (Gisela Brandes-Steggewentz) unserer Partei, die auch fast alle Mitglieder der LAG sind. Letztere kam übrigens gerade aus Papenburg, wo an diesem Tag der örtliche IGM-Verantwortliche in unsere Partei eingetreten war.

An diesem Abend wurde als erstes einmal die Arbeitsweise unserer LAG in Niedersachsen vorgestellt, welche Mitgliederstärke wir haben



und welche Struktur wir anstreben.

Danach wurde ein Vorschlag aus dem Karl-Liebknecht-Haus bezüglich konzentrierter Verteilaktionen vor Betrieben während des Bundestagswahlkampfes 2009 beraten. Es wurden auf Anhieb ½ Dutzend Firmen gefunden, die in der Region Osnabrück einbezogen werden sollen.

Im Anschluss wurde die Aktuelle Situation vor Ort am Beispiel der Firmen Karmann (durch Achim Bigus) und der Telekom vorgestellt und intensiv darüber diskutiert. Es wurde im Verlauf der Diskussion klar, das noch viel Arbeit für unsere Partei – aber auch für die im Betrieb



tätigen – vor uns liegt. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir erst angefangen haben und noch viele „Dicke Bretter bohren müssen“.

Es war ein interessantes Treffen, auf der wir zum Beispiel auch ein Neumitglied für die LAG aufnehmen konnten und ½ Dutzend Interessierter gewinnen konnten.

Als nächstes haben wir von der LAG B&G.Niedersachsen Mitte Januar 2009 eine Klausurtagung des Kokreises unter Einbeziehung der bestehenden 3 Regionen vor und natürlich die Konferenz in Peine im Februar.

*Manfred Kays* (Mitglied des KoKreises der LAG in Niedersachsen)

## Nordrhein-Westfalen: Projekt „Gute Arbeit“ gestartet



Gerade im Hinblick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise stellten die linken GewerkschafterInnen beim Landestreffen der AG betrieb&gewerkschaft-NRW am 06.12.2008 in Essen, die Weichen für ein Projekt „Gute Arbeit“. Die Krise zeigt, dass die konservative Politik unter Kohl, die Agenda-Politik der rot-



grünen Regierung und die der Großen Koalition schon jahrelang auf dem Holzweg sind. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen auf Einkommensbestandteile verzichten, Gesetze werden verschlechtert und Gewerkschaftsrechte beschnitten. Während der 'kleine Mann' zur Kasse gebeten wird, entlastet man die Unternehmerseite und steigert die Gewinne der Großkonzerne in Milliardenhöhe. Die sogenannten Reformen und die Deregulierung zielen alle daraufhin, dass sich die Wirtschaft möglichst frei entfalten kann. Dann soll es allen besser gehen.

Das Gegenteil ist der Fall: unsichere unterbezahlte Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Ausbildungsstellenmangel und unbezahlte Praktika. Nach jahrelanger Lohnzurückhaltung, oftmals sogar realen Lohnkürzungen für viele Beschäftigungsgruppen, und gleichzeitigen Kostenexplosionen für ArbeitnehmerInnenhaushalte, sollen nun die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erneut die Zeche zahlen, indem ihnen die Rechnung der Finanzkrise aufgebürdet wird. Dabei ist es deren Geld, was ihnen seit Jahren aus der Tasche gezogen wurde. Mit diesem zusammengerafften Geld wurde dann gezockt, wurde die sogenannte Finanzblase erst möglich. Da ist es beschämend, dass in den kommenden Einkommensrunden von ver.di, der IG BAU und anderen, wieder mal zur Bescheidenheit aufgerufen wird. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind diejenigen, die am meisten unter der Wirtschaftskrise leiden werden. Das ist dann die Krönung der wirtschaftsliberalen Politik.

Höchste Zeit zum Umdenken Die Deregulierung muss dereguliert werden. Der Neoliberalismus ist gescheitert. Zeit aber auch alle bisherigen Forderungen in ein gewerkschaftspolitisches Konzept zu gießen und Antworten auf die Finanzkrise zu geben.

Das linke Konzept soll beim nächsten Landestreffen am 14.03.2009 in NRW offen diskutiert und gemeinsam erarbeitet werden. Der Plan: Auf einer gewerkschaftspolitischen Konferenz und einem Bundestreffen soll bis zum 26./27. Juni 2009 an dem Thema weitergearbeitet werden. Die Planungen laufen auf Hochtouren. Beim Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft am 22./23.11.2008 in Fulda wurde angeregt, dass die LAG's einzelne Bausteine des 'Pro



jektes' „Gute Arbeit“ übernehmen könnten.

Beim Landestreffen am 06.12.2008 führte die AG betrieb&gewerkschaft-NRW, eine große Weihnachtsmann-Aktion - Wir sind die

### „Wünsch-Dir-Was-Partei“



„Wünsch-Dir-Was-Partei - in der Essener Innenstadt durch. Direkt vor dem neuen Einkaufstempel „Limbecker Platz“ bauten die linken GewerkschafterInnen einen „Wünsch-Dir-Was-Tannenbaum“ auf und verteilten an die BürgerInnen „Wünsch-Dir-Was-Postkarten“ in dem einerseits die Wünsche aufgestellt wurden und andererseits die PassantInnen ihre Wünsche an die Politik, mittels Weihnachtsmann, abgeben konnten. Früher nannte man Wünsche in der

Politik auch Forderung, aus der Diffamierungskampagne der „Angenda-Partei-SPD, machten wir die „Wünsch-Dir-Was-Partei-Aktion, es ist unerheblich, ob das Wunsch oder Forderung genannt wird, wir wissen was wir wollen.

Auf dem „Wunschzettel“ steht ganz oben, „Gute Arbeit“. Darunter verstehen die Gewerkschafter; Gute Bezahlung, Sichere Arbeitsplätze, humane Arbeitsbedingungen und konkreter; Deutliche Lohnerhöhungen in den Tarifrunden 2008/2009, ein Tariftreuegesetz für NRW, Weg mit dem Druckmittel durch ALG II auf bestehende Arbeitsplätze, Arbeitsbefristungen gesetzlich eingrenzen, Leiharbeit eindämmen und gerechter gestalten nach dem Gesichtspunkt „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, Mindestlohn jetzt, keine Rente ab 67, Kampf der Altersarmut und nicht abschließend und wichtig; Mehr Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) wurde von der CDU/FDP Regierung in NRW gekappt und das Vergabegesetz, in dem die tariftreue Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen geregelt wurde, abgeschafft.

Einstimmig beschloss der Landesparteitag die in Absprache mit dem LandessprecherInnenrat der AG betrieb&gewerkschaft-NRW von Ulla Lötzer und Wolfgang Zimmermann eingebrachte Resolution „Öffentliche Aufträge: Tariftreue statt Geiz ist Geil!“. In dieser wird die Landesregierung aufgefordert, ein Vergabegesetz zu beschließen, dass die Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge garantiert. Holger Vermeer begründete in seiner Rede als Vertreter der AG b&g-NRW die Notwendigkeit eines Vergabegesetzes. Die Bundesregierung hat die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards lediglich als Kann-Bestimmung vorgesehen, so dass Auftragsvergabe nach dem Prinzip des niedrigsten Preises leider die Regel bleibt. „Hiernit wird Lohn-, Sozial- und Umweltdumping im Prinzip noch gesetzlich gefördert, anstatt alles dafür zu tun, solche unerträglichen Machenschaften zu verhindern“, so Genosse Vermeer. Allen Genossinnen und Genossen/Kolleginnen und Kolleginnen und Kollegen muss klar sein, dass es nicht damit getan ist, für die Verabschiedung der Resolution die Hand zu heben. Erfolgreich kann die Petition nur sein, wenn ALLE Parteimitglieder dafür fleißig und bei jeder Gelegenheit Unterschriften sammeln. Neben der politischen Unterstützung der Delegierten, ist auch die tatsächliche Mitarbeit bei der Unterschriftensammlung erforderlich. Wir



benötigen bis Ende des Jahres, so der Landesprecher Wolfgang Zimmermann in seiner Ansprache, dafür deutlich mehr als die derzeit bereits gesammelten Unterschriften. DIE LINKE wird die Anstrengungen zur Unterstützung der Petition „Tariftreue und Mindestlöhne bei öf-



fentlichen Aufträgen - für ein neues Vergabegesetz in NRW“ verstärken. Bereits am Morgen hatten die Genossen Stefan Krug und Jürgen Senge die Resolution an alle Delegierte und Gäste verteilt.

Von den Delegierten des Landesparteitags abgelehnt wurde unser Antrag, dass § 7 Absatz 4 der Landessatzung um den Passus ergänzt werden sollte, dass landesweite Zusammenschlüsse gemäß § 22 Abs. 1 Vertreterinnen und Vertreter zum Landesrat entsenden können.

Angenommen wurde aber unser Antrag, in dem der Landesvorstand aufgefordert wird, bis zur nächsten Landesratssitzung, am 31. Januar 2009, den Kreisverbänden ein Zukunftsinvestitionsprogramm zur Diskussion vorzulegen, mit dem in NRW zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen werden können.

*Stefan Krug und Holger Vermeer*  
Landessprecher der AG b&g-NRW

### ***Sachsen-Anhalt: Spannendes aus Landes AG B&G***

Am Nikolaustag 2008 haben sich Mitglieder unserer Landes AG B&G getroffen. Auf der Tagesordnung standen eine Diskussionsrunde zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, die Vorbereitung unserer Betriebsrätekonferenz am 26. März 2009 sowie die Arbeitsplanung für das Jahr 2009.

Über die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise referierte der Parlamentarische Geschäftsführer unserer Landtagsfraktion, Dr. Frank Thiel. Sein Vortrag machte erneut deutlich, dass die soziale Situation in Sachsen-Anhalt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise noch verschärft wird. Das bestimmte auch die Diskussion. Die Sorge der KollegInnen drehte sich um den zunehmend unwürdigen Umgang mit den Beschäftigten, die Reduzierung der Einkommen und mangelnde Bereitschaft der Beschäftigten sich in Tarifrunden einzubringen, die hohe Kinderarmut, die Sorge um weitere negative Auswirkungen der Gesundheitsreform und die Rentenentwicklung. Ebenso haben wir die sich verschlechternde Situation der Erwerbslosen, insbesondere der Hartz IV-Empfänger diskutiert. Die Teilnehmer unserer Runde meinten eindeutig, dass sich unsere Forderungen nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes, nach der Einführung von Ganztagschulen

sowie nach mehr Investitionen in die Bildung und Infrastruktur als richtig erwiesen haben. Gerade für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge wurde eine engere Zusammenarbeit von linken Kommunalpolitikern und der Landtagsfraktion eingefordert.

Die gegenwärtigen Auswirkungen auf die Beschäftigten in Zeitarbeit machen sehr deutlich, dass dieses Thema unserer uneingeschränkten Aufmerksamkeit bedarf. Wieder sind es gerade diese Beschäftigten, die durch massenhafte Entlassungen die Ausbeutung in ihrer ganzen Breite spüren. Erst sind sie diejenigen, die in den Firmen, wo sie eingesetzt werden keinen gleichen Lohn erhalten, dann als erste die Arbeit verlieren und dann noch weniger Arbeitslosengeld erhalten als ihre Kollegen. Damit werden sie in eine Situation gedrängt, die auch im Alter weniger geschützt sind. Deshalb hat sich unsere AG B&G gemeinsam mit dem Bündnis für Mindestlohn in Sachsen-Anhalt am 7. Oktober den Aktionen des IGB für menschenwürdige Arbeitsbedingungen angeschlossen. Mit vielfältigen Aktivitäten wurde die Bevölkerung auf Straßen und in Diskussionen aufmerksam gemacht, dass solche Bedingungen nicht kampflos hingenommen werden müssen. Nur gemeinsam kann das verändert werden.

Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Personalräten in unserem Land verbessern und dazu auf einer Konferenz am 26. März 2009 im Landtag über gegenseitige Ansprüche und gemeinsame Aktionsmöglichkeiten diskutieren, um einen Pflock für

weitere organisierte Zusammenarbeit einzuschlagen.

*Edeltraud Rogée*  
Sprecherin der LAG B&G Sachsen-Anhalt

### ***Hamburg: Otto spart Arbeitsplätze ein***

Wie spielt man mit Mitarbeitern am besten Max und Moritz?

In dem man den Mitarbeitern verspricht, wenn sie mit den Stunden runtergehen, kann die Arbeit gerettet werden.

Viele haben diesen Schritt mitgemacht, da auch das Versprechen gegeben wurde, sollten sie mit den Stunden nicht auskommen, bekommen sie diese wieder.

Dieses war der erste Streich, der zweite folgt sogleich.

Ausgliederung heißt das Zauberwort.

Schublade auf, Papiere raus. Wir werden eine neue Tochter, die dann den Namen HWS (Hermes Warehousing Solution) bekommt. Das ist aber nicht alles. Lohnabsenkung von 8%.

Auch hier das( den ) Versprechen(er), jetzt haben wir es. Nun noch ordentlich Mandanten, keiner braucht Angst zu haben.

Dies war der zweite Streich, der dritte folgt sogleich.

September 2008, die Otto - Gruppe gibt bekannt, sie wird die Lagerstandorte einer Überprüfung unterziehen, 15 Standorte insgesamt, einer davon Hamburg - Bramfeld, den Entstehungsort des großen OTTO - Versandes. Man ist nicht mehr zeitgemäß, andere sind schneller. Der OTTO-Vorstand ist auf gewacht.

Wer muss den Kopf, genau gesagt das Portemonnaie hinhalten, der Kleine. Der ist es doch der die Vorstandsgehälter erarbeitet!

Das vergessen die Herren zu gerne.

Nun zwei Monate Angst, denn Mitte Januar 2008 wird erst bekannt gegeben was die Mitarbeiter erwartet. Was wird aus den Lehrlingen, auch die haben Angst?

Als Gewerkschaftlerin und Mitglied der AG Betrieb und Gewerkschaft der LINKEN bin ich der Meinung, es reicht. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht.

Da kann man nur sagen, ein schönes Weihnachtsfest.

*Gabriele Wächtler (HWS - Mitarbeiterin)*

*Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen einen guten Rutsch ins neue Jahr und persönlich Gesundheit und Schaffenskraft im Jahr 2009!*  
*Redaktion b&g intern*

## Kontakte

### BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt [info@barbara.borchardt.de](mailto:info@barbara.borchardt.de)  
Susanne Danowski [su.dan@online.de](mailto:su.dan@online.de)  
Hasso Ehninger [ehinger.hasso@web.de](mailto:ehinger.hasso@web.de)  
Gerald Kemski [gerald.kemski@t-online.de](mailto:gerald.kemski@t-online.de)  
Heidi Kloor [heidi.kloor@googlemail.com](mailto:heidi.kloor@googlemail.com)  
Mike Lätzsch [Konfliktcontor@aol.com](mailto:Konfliktcontor@aol.com)  
Marko Röhrig [attaci@gmx.de](mailto:attaci@gmx.de)  
Sabine Wils [Sabine.Wils@hamburg.de](mailto:Sabine.Wils@hamburg.de)

### Gewerkschaftspolitische SprecherInnen der Partei DIE LINKE

Heidi Scharf [heidi.scharf@die-linke.de](mailto:heidi.scharf@die-linke.de)  
Michael Schlecht [michael.schlecht@die-linke.de](mailto:michael.schlecht@die-linke.de)

### Gewerkschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Werner Dreibus [werner.dreibus@bundestag.de](mailto:werner.dreibus@bundestag.de)

### Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE

Ansprechpartnerin für die AG Betrieb und Gewerkschaft  
Jutta Nitsche [jutta.nitsche@die-linke.de](mailto:jutta.nitsche@die-linke.de)

### Landes-AGen

#### Baden-Württemberg

Stefan Dreher [mail@stefandreher.de](mailto:mail@stefandreher.de)

#### Bayern

[betriebundgewerkschaft@die-linke-bayern.de](mailto:betriebundgewerkschaft@die-linke-bayern.de)

#### Berlin

[ag.bug@die-linke-berlin.de](mailto:ag.bug@die-linke-berlin.de)

#### Brandenburg

Susanne Danowski [su.dan@online.de](mailto:su.dan@online.de)

#### Bremen

Ingo Tebje [itebje@uni-bremen.de](mailto:itebje@uni-bremen.de)  
Werner Frey [werner.frey@dielinke-bremen.de](mailto:werner.frey@dielinke-bremen.de)

#### Hamburg

[ag-bg@die-linke-hh.de](mailto:ag-bg@die-linke-hh.de)

#### Hessen

Renate Bastian [bastian.renate@gmx.de](mailto:bastian.renate@gmx.de)  
Hermann Schaus [schaus.4@t-online.de](mailto:schaus.4@t-online.de)

#### Mecklenburg-Vorpommern

Jörg Böhm [j.boehm@gmx.de](mailto:j.boehm@gmx.de)

#### Niedersachsen

Manfred Kays [manfredkays@googlemail.com](mailto:manfredkays@googlemail.com)

#### Nordrhein-Westfalen

[info@betriebundgewerkschaft-nrw.de](mailto:info@betriebundgewerkschaft-nrw.de)

#### Rheinland-Pfalz

Martin Klein [roterwanja@aol.com](mailto:roterwanja@aol.com)

#### Saarland

Gabriele Ungers [gabriele-ungers@web.de](mailto:gabriele-ungers@web.de)

#### Sachsen

Petra Mißbach [Petra.Missbach@t-online.de](mailto:Petra.Missbach@t-online.de)  
Karl Friedrich Zais [wkb.zais@t-online.de](mailto:wkb.zais@t-online.de)

#### Sachsen-Anhalt

Edeltraud Rogée [edeltraud.rogée@t-online.de](mailto:edeltraud.rogée@t-online.de)

#### Schleswig-Holstein

Ernst Molkenthin [ErnestoPrimero@aol.com](mailto:ErnestoPrimero@aol.com)  
Meenhard Smit [smit-meenhard@foni.net](mailto:smit-meenhard@foni.net)

#### Thüringen

Sandor Witt [SandroWitt@gmx.net](mailto:SandroWitt@gmx.net)

## Termine

**10.01.09** in Berlin  
Rosa-Luxemburg-Konferenz

**11.01.09** in Berlin  
Demo zu Karl&Rosa

**06.-07.02.09** in Peine  
Gewerkschaftspol. Konferenz

**08.02.09** in Peine  
Bundestreffen

**28.02.09** in Essen  
Europaparteitag

**01.03.09** in Essen  
Vertreter/innen/versammlung zur  
Europawahl

**18./19.04.09** in Leipzig  
Bundestreffen

**14.-14.06.09** in Berlin  
Fest der LINKEN

**20./21.06.09** in Berlin  
Bundesparteitag zur Bundestags-  
wahl

**27./28.06.09** in Essen  
Gewerkschaftspol. Konferenz

**31.10.-01.11.09** in Berlin  
Bundestreffen

## Impressum:

„betrieb&gewerkschaft Intern“  
wird an alle Aktive der AG ver-  
schickt. Namentlich gekennzeich-  
nete Artikel geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wie-  
der.

Partei Vorstand  
DIE LINKE  
AG Betrieb & Gewerkschaft  
Kl. Alexanderstr. 28  
10178 Berlin

Tel. 030/2 4 009 673  
Fax 030/ 24 009 480  
E-Mail: [ag.bg@die-linke.de](mailto:ag.bg@die-linke.de)

Redaktionsschluss:  
29.12.2008

Verantwortlich:  
BundessprecherInnenrat  
DIE LINKE  
AG Betrieb & Gewerkschaft

[www.betriebundgewerkschaft.de](http://www.betriebundgewerkschaft.de)